

Europa darf nicht naiv sein

Die frühere österreichische Außenministerin Karin Kneissl lebt nicht nur in Russland, sie vertritt auch klar die Interessen des Regimes von Vladimir Putin. Deshalb gibt es eine Diskussion über den Entzug der Staatsbürgerschaft, eine Sachverhaltsdarstellung wurde eingebracht. Der Fall Kneissl ist auch eine europäische Bewährungsprobe.

Von Dominik Oberhofer

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht nur ein militärischer Konflikt. Er ist ein Angriff auf die europäische Friedensordnung, auf das Völkerrecht und auf die Idee eines freien Europas. Gerade deshalb müssen demokratische Staaten auch die Frage stellen, ob ehemalige Spitzenrepräsentantinnen und -repräsentanten sich offen mit einem aggressiven autoritären Regime verbünden dürfen, das Krieg, Desinformation und Einschüchterung gezielt als politische Waffe einsetzt – und wie weit die Loyalität ehemaliger Spitzenrepräsentantinnen und -repräsentanten gegenüber ihrem eigenen Staat reichen muss.

IM DIENSTE EINES DIKTATORISCHEN REGIMES

Der Fall Karin Kneissl ist dabei weit mehr als eine innenpolitische Kontroverse. Er berührt einen empfindlichen Punkt europäischer Demokratien: Was passiert, wenn ehemalige Amtsträger ihre politische Autorität, ihren Titel und ihre internationale Bekanntheit, gegen Bezahlung in den Dienst eines autoritären Regimes stellen, das offen gegen die Grundprinzipien Europas agiert?

Niemand bestreitet das Recht auf persönliche Meinungsfreiheit. Auch ehemalige Ministerinnen und Minister dürfen Regierungen kritisieren,

außenpolitische Positionen vertreten oder berufliche Tätigkeiten im Ausland ausüben. Doch dort, wo die Grenzen zwischen privater Meinung, institutioneller Bindung und politischer Legitimierung verschwimmen, entsteht eine demokratiepolitische Verantwortung.

SYMBOLISCHE LEGITIMATION FÜR EINE DIKTATUR

Gerade autoritäre Systeme arbeiten gezielt mit symbolischer Legitimation. Sie nutzen ehemalige westliche Politikerinnen und Politiker, um internationale Anschlussfähigkeit vorzutäuschen.

Die Botschaft lautet: Selbst ehemalige Repräsentanten europäischer Demokratien unterstützen unsere Positionen. Diese Strategie ist kein Nebenaspekt russischer Außenpolitik, sondern Teil hybrider Einflussnahme auf europäische Gesellschaften.

Europa hat lange geglaubt, wirtschaftliche Verflechtung und Dialog würden autoritäre Regime automatisch mäßigen. Der Angriff auf die Ukraine hat diese Illusion zerstört. Heute geht es nicht mehr nur um militärische Sicherheit, sondern auch um politische Resilienz und institutionelle Glaubwürdigkeit.

Gerade neutrale Staaten wie Österreich tragen hier eine besondere



Karin Kneissl – im Bild ist sie bei einer Veranstaltung als Ministerin in Wien zu sehen –, für kurze Zeit Außenministerin der Republik Österreich in einer Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ, hat das Land mittlerweile verlassen und ist nach Russland gezogen. Dort arbeitet sie nun für russische Organisationen, unter anderem einem sogenannten Think-tank, die eindeutig im Dienste des Kriegsverbrechers Vladimir Putin und seines Regimes stehen. In Österreich ist deshalb eine Debatte über den Verlust ihrer österreichischen Staatsbürgerschaft entstanden. Der Nationalratsabgeordnete Dominik Oberhofer von den Neos – er gehört auch dem Präsidium der Paneuropabewegung Österreich an – erläutert in diesem Beitrag warum er dazu eine Sachverhaltsdarstellung eingebracht hat.

Verantwortung. Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit gegenüber Völkerrechtsbrüchen.

Sie bedeutet auch nicht moralische Beliebigkeit. Österreichs außenpolitische Glaubwürdigkeit lebt davon, dass die Republik klar zwischen demokratischer Ordnung und autoritärer Aggression unterscheidet.



Meine eingebrachte Sachverhaltsdarstellung soll daher keine politische Gesinnungsprüfung darstellen. Sie verfolgt vielmehr die legitime Frage, ob bestehende gesetzliche Bestimmungen des Staatsbürgerschaftsrechts angesichts außergewöhnlicher Umstände zur Anwendung kommen könnten oder müssen. Darüber hat letztlich die zuständige Behörde zu entscheiden – nicht die öffentliche Empörung.

DEMOKRATIEN MÜSSEN WEHRHAFT BLEIBEN

Entscheidend ist aber die größere europäische Lehre: Demokratien müssen wehrhaft bleiben. Nicht nur an ihren Grenzen, sondern auch im Umgang mit politischer Einflussnahme, strategischer Propaganda und der gezielten Instrumentalisierung ehemaliger Eliten.

Europa muss offen bleiben. Aber es darf nicht naiv sein. ■

Headline Kommentar xxxxxx

Von Charles Steiner

Nes necepratem as num vent incium
vendistium qui dit as iusa el maionserem
dit labore magnati andaeri tationsequae
aut platet quod quamet lab ilignat emo-
leni mosant eicitati que eossum eos ma volores ex eum, eum
aut laboris que renit arunto imendit erum et volupta nisciis
re, volupta tasitat iorione solum et atas utas explat latatur?
Tationse reperibus, si ad unt lamus seque proribus, esedi
coribeatur, sed et peri re, volescilit re volupta erchillaut
essequam que mollupt iuresequis susamus nus inte resedit
moditatur, conet odiciist, ut atur? Milique nitaquod molore
nis eliquas qui aboria debit ped ut is eium fugia cum is expe
poriatatur? Quisquam, aut ut velit harunt ut moluptati do-
lorempore dicabor serat eiciliq uidunti cuptatur, tem nonsed
minum dita ne everspedit ut essincius sit, nimin pos venit et
es qui cum reptat officitias aspit officias antemolore ventiore
volupta ecabo. Udanduciis imust la perions equatit ommos
di consec iorehent rem faccul uptatum ratiun et, corem eos
voluptatem volores sinvent enihilit quaeapeliquis doluptas
soluptaquae cus dunt apictem olorpor enimil ius.
Aped qui tem eri aut fugit, et el is con cuptae doloribus et
laccumquis sam entis reptatur siminihil evel mosti sunt,

Hier steht noch ein Blindtext.

illamendit, nat porions edipsum ea nimagni musdandis inci
iur sin pro quossit offic te corrore mquatia eraerum que eo-
sam cum harunt a niendendi alitam simperc hictatus ius asi
optatur?Ebita cora cori coreicem resequi as nossin es doloris
dolupta tempore volor mos et plabo. Ut poreicipsa dolupta
tenihitiati od quae magnist, corum nus.
Ut unt, quod maximent et, et etur moles exeritempore mo-
lupta qui repro cum fugiam resecae laut endit harum sectur,
ea corro idusae iunt ommolum quunt quis autenimaxime pe
nobis sus essint quunt vit ullaborerro omniat odia cum hil
mos dolentur si culparuptat volorio repudaero quassit ea que
ad que pores sectat que aut adigendisit ipiende molupta ssito
omnimolupta dendus explign ihilibus aut doluptia nimuscie-
nis audae. Biscipic tem sectem ex ea pligent omnis ut earit
etus suntota sinctium ipsam hilis am aut isciam ex estent,